



Antrag

der Abgeordneten **Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)**

Echter Bürokratieabbau statt teurer Alibimaßnahmen: Bayerischen Bürokratiebeauftragten und Bayerischen Normenkontrollrat abschaffen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den Beauftragten für Bürokratieabbau, den Bayerischen Normenkontrollrat sowie sämtliche damit verbundenen Ausgaben im Haushaltsplan vollständig abzuschaffen.

Begründung:

Die AfD-Fraktion hält die Schaffung und die Fortführung des Bürokratiebeauftragten sowie des Bayerischen Normenkontrollrates für eine reine Steuergeldverschwendung, da diese Institutionen nicht zu einem tatsächlichen Bürokratieabbau geführt haben. Im Gegenteil: Sie tragen lediglich zur Aufblähung des Verwaltungsapparates bei, ohne nennenswerte Erfolge im Bereich der Bürokratieabbau-Maßnahmen zu erzielen.

Steuergeldverschwendung für keinen Bürokratieabbau:

Im Jahr 2024 hat die Staatsregierung knapp 1,7 Mio. Euro Steuergelder für Versorgungsposten unter dem Deckmantel „Bürokratieabbau“ verschwendet. Seit 2018 hat die Staatsregierung insgesamt fast 6 Mio. Euro für diese ineffizienten Bürokratieposten verprasst.

Besonders die Position des Bürokratiebeauftragten stellt sich als ineffizient und kostspielig heraus. Der Bürokratiebeauftragte ist zudem Vorsitzender des Bayerischen Normenkontrollrates. In dieser doppelten Funktion erhält er jährlich mindestens 48.000 Euro zusätzlich zu seinem Abgeordnetengehalt im Landtag.

Besonders auffällig ist, dass der Bürokratiebeauftragte seit 2022 keinerlei Ergebnisberichte mehr veröffentlicht hat. Auf die Anfrage der AfD-Fraktion (Schriftliche Anfrage auf Drs. 19/4191) erklärte die Staatsregierung, dass er „gesetzlich nicht zur Veröffentlichung von Tätigkeitsberichten verpflichtet“ sei. Zudem konnte die Staatsregierung auf unsere weiteren Anfragen (Anfrage zum Plenum auf Drs. 19/3592 und Schriftliche Anfrage auf Drs. 19/4191) nach konkreten, erfolgreichen Bürokratieabbau-Maßnahmen keine einzige Maßnahme nennen, die direkt auf die Tätigkeit des Bürokratiebeauftragten zurückzuführen ist. Dies lässt den Schluss zu, dass der Bürokratieabbau in der Praxis lediglich eine leere Hülse ohne tatsächlichen Inhalt darstellt.

Im Gegensatz zum Nationalen Normenkontrollrat des Bundes, der als unabhängiges Gremium auch öffentliche Stellungnahmen, Jahresgutachten und themenspezifische Gutachten veröffentlicht, ist der Bayerische Normenkontrollrat lediglich eine interne Beraterinstanz der Staatsregierung. Dies führt zu einer mangelnden Transparenz und einer fehlenden Verantwortung gegenüber der Öffentlichkeit. Zudem konnte auch hier auf Anfrage der AfD-Fraktion (Schriftliche Anfrage auf Drs. 19/4191) keine einzige konkrete Maßnahme genannt werden, die direkt auf die Tätigkeit des Bayerischen Normenkontrollrates zurückzuführen ist.

Die Willkür bei der Auswahl der Mitglieder des Bayerischen Normenkontrollrates ist ebenfalls problematisch. So wurde beispielsweise eine ehemalige Oberbürgermeisterin von Rosenheim als Mitglied berufen. Auch ein ehemaliger Ministerialdirektor und Amtschef in Bayern, der mit dem Milliarden-Desaster der Stammstrecke München in Verbindung steht, wurde in das Gremium aufgenommen. Es stellt sich die Frage, welche Fachkompetenz im Bereich Bürokratieabbau diese Personen mitbringen.

Der Bürokratiebeauftragte der Staatsregierung verfügt über einen Mitarbeiterstab von neun Personen, für deren Gehälter im Jahr 2024 insgesamt 729.000 Euro veranschlagt waren. Der Bayerische Normenkontrollrat hat einen Mitarbeiterstab von fünf Personen. Deren Gehaltskosten betrugen 180.000 Euro im Jahr 2024. Zudem gibt es im Staatshaushalt Posten wie „Ausgaben für Moderner Staat und Bürokratieabbau“, die 250.000 Euro im Jahr kosten, ohne dass genauere Informationen zu deren Verwendungszweck vorliegen. Angesichts dieser immensen Ausgaben und der fehlenden Effizienz kann die Fortführung dieser Institutionen nicht gerechtfertigt werden.

Immenser Anstieg der Bürokratiebelastung unter der CSU-Fraktion:

Die Bürokratiebelastung ist in den letzten Jahren unter der Staatsregierung von CSU und FREIE WÄHLER stark angestiegen. Laut dem aktuellen Länderindex der Stiftung Familienunternehmen (2025) ist Deutschland beim Faktor „Regulierung“ auf Platz 17 von 21 Ländern abgerutscht. Besonders die Bürokratiekosten für den Mittelstand sind in den letzten Jahren massiv gestiegen und belasten die heimische Wirtschaft mit 66 bis 146 Mrd. Euro jährlich. Über 80 Prozent des deutschen Mittelstands sehen die Bürokratiebelastung als das größte Problem an.

In Bayern ist die Zahl der Rechtsnormen unter der Staatsregierung von CSU und FREIE WÄHLER zwischen 2018 und 2023 um 6,4 Prozent gestiegen – doppelt so schnell wie auf Bundesebene. Beispiele wie das Bayerische Klimaschutzgesetz oder die Solardachpflicht haben die Bürokratiekosten weiter in die Höhe getrieben. Gleichzeitig ist die Zahl der Beamten und Angestellten in der Verwaltung in Bayern von 2013 bis 2023 um 50 000 Personen gestiegen, was eine Steigerung von 27,4 Prozent bedeutet, während die Bevölkerung nur um 6,6 Prozent gewachsen ist.

Eine Umfrage der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH (INSM) von 2024 zeigt, dass 40,7 Prozent der Befragten die CDU/CSU für die hohe Bürokratiebelastung verantwortlich machen. An zweiter Stelle folgen die Grünen (28 Prozent), gefolgt von der SPD (16,2 Prozent).

Bayern braucht echten Bürokratieabbau statt teurer Alibimaßnahmen:

Echter Bürokratieabbau erfordert keine Versorgungsposten und Gremien, die lediglich Steuergelder verschwenden, sondern vielmehr mutige und rigorose Maßnahmen zur Abschaffung von Bürokratiemonster-Gesetzen, der Reduzierung staatlicher Behörden und der Entlassung zahlreicher unnötiger Bürokraten. Ein herausragendes Beispiel dafür ist der libertäre Präsident von Argentinien, der seit seiner Amtseinführung im Dezember 2023 bereits über 900 Rechtsnormen abgeschafft hat – das entspricht durchschnittlich drei Normen pro Tag. In den USA zeigt das Department for Government Efficiency (DOGE), wie Bürokratieabbau wirklich funktioniert. Unter der aktuellen republikanischen Präsidentschaft hat DOGE bereits etwa 77 000 Bundesangestellte entlassen und plant, die Bundesausgaben um bis zu 2 Bio. US-Dollar zu reduzieren. Diese echten und drastischen Maßnahmen zur Reduktion der staatlichen Bürokratie stehen im krassen Gegensatz zu den ineffizienten Gremien wie dem Bürokratiebeauftragten und dem Bayerischen Normenkontrollrat, die keine wirklichen Einsparungen oder Reformen bringen, sondern lediglich als kostenintensive Alibimaßnahmen fungieren.